

Polen: Schwuler Katholik berichtet über seine Situation

In Deutschland haben sich Lesben und Schwule ein grosses Stück Gleichstellung erkämpft. In Polen hat die PiS-Partei sie zum Feindbild erklärt. Mehr als 100 Lokalregierungen haben sich zu sogenannten „LGBT-freien Zonen“ erklärt. Eine harte Bewährungsprobe für deutsch-polnische Städtepartnerschaften.



Es dauerte 47 Jahre, bis sich Kazimierz Strzelec jemandem anvertraute. So alt war er, als er zum ersten Mal mit einem Freund über seine Homosexualität sprach. Damals war der Automechaniker gerade aus Deutschland zurückgekommen. Er hatte dort gearbeitet und eine liberalere Gesellschaft kennengelernt, erzählt er: „Als ich jung war, gab es das Thema nicht in der Öffentlichkeit. Das war im kommunistischen Polen so. Ich dachte, ich bin mit meiner sexuellen Orientierung allein auf der Welt. In Filmen wurden ab und an Schwule gezeigt, aber das mussten dann groteske, lächerliche Charaktere sein. Ein normaler Mensch, der seine Homosexualität lebt – ich hatte keine Ahnung, dass es irgendwo so etwas gibt.“

Der heute 59-Jährige hat zu sich nach Hause eingeladen, in ein Dorf nach Ostpolen. Hier hat er ein kleines Zimmer. Über die anderen Bewohner, Familienmitglieder, will er nicht sprechen. Sie tolerierten ihn, sagt er, es bleibe ihnen ja auch nichts anders übrig.

Das Zimmer wirkt überfrachtet. Man spürt, welche inneren Kämpfe er ausgefochten haben muss. Auf dem Bett liegt ein Kopfkissen mit Regenbogen-Überzug. In einer Ecke sind katholische Reliquien, wie er es nennt, platziert. Darunter ein Pileolus, ein Käppchen von Papst Franziskus mit dessen Unterschrift. Kazimierz Strzelec ist, wie viele in Ostpolen, tiefgläubig. Das macht sein Leben nicht unbedingt einfacher.

„Wir haben einen guten Pfarrer hier. Er war schon mal bei mir zu Gast. Da habe ich ihm meine Krippe gezeigt, die ich jedes Jahr zu Weihnachten aufbaue. Er sieht die Regenbogenflaggen und weiss Bescheid, aber er sagt nichts dazu. Wenn die Bischöfe nicht so homophob wären, würden sich viel mehr Geistliche auf uns einlassen.“

Krakauer Erzbischof spricht von „Regenbogen-Seuche“

Aber auch gewöhnliche Pfarrer lassen ihrer Homophobie mitunter freien Lauf. Ein Breslauer Geistlicher erklärte vor kurzem, das Coronavirus und die Pandemie seien eine Strafe Gottes für Sünden der Menschheit, darunter auch für homosexuelle Liebe.

Im vergangenen Jahr wurde es in rechtsgerichteten Kreisen in Polen regelrecht Mode, sich auf die LGBT-Community einzuschiessen – also die Gemeinschaft von lesbischen, schwulen, bisexuellen und transsexuellen Menschen. Der Krakauer Erzbischof Marek Jędraszewski sprach von einer Regenbogen-Seuche, die über das Land gekommen sei – und meinte damit die Forderung nach Gleichberechtigung. Und die wöchentlich erscheinende „Polnische Zeitung“ legte einer Ausgabe einen Aufkleber bei mit der Aufschrift: „LGBT-freie Zone“. Den klebten sich viele ans Auto. Seitdem müssten sich Mitglieder der LGBT-Community immer häufiger gegen immer absurdere Vorwürfe wehren, erzählt Kazimierz Strzelec: „Wenn jemand sagt, was ihm an uns nicht gefällt und dann seine Argumente vorbringt, von mir aus. Aber wenn Lügen verbreitet werden, dann kann ich das nicht hinnehmen. Zum Beispiel, dass unser Engagement für die Rechte von Homosexuellen zu mehr Sexualverbrechen führen würden. Entschuldigung, welche Verbrechen? Wenn bei einer unserer Demos einer mitlaufen und

für die Legalisierung von Pädophilie eintreten würde, dann würden wir ihn rausschmeissen und die Polizei holen.“

Und auch die Politik nahm sich des Themas an, allen voran die rechtskonservative Regierungspartei PiS. Sie hat vor der Parlamentswahl im vergangenen Jahr einen Kulturkampf gegen die LGBT-Community heraufbeschworen. Die Auswirkungen waren besonders auf kommunaler Ebene zu spüren. In über 90 Kommunen, Landkreisen und Bezirken fassten die jeweiligen Parlamente Beschlüsse, die sich in der einen oder anderen Form gegen die LGBT-Bewegung richten. Wenn man die betroffenen Gebiete auf einer Landkarte einzeichnet, bedecken sie fast ein Drittel des polnischen Staatsgebiets, vor allem im katholisch geprägten Süden und Osten des Landes. Also in den Hochburgen der PiS.

Auch in Nierdzwica Duza kam es zu so einem Beschluss. Der Gemeinde, zu der das Dorf von Kazimierz Strzelec gehört. „59 Jahre lebe ich nun schon in dieser Gemeinde. Und jetzt sagt mir jemand, dass ich hier eigentlich nicht leben sollte, dass ich meine Ansichten nicht vertreten darf? Dieser Beschluss dient dazu, uns einzuschüchtern. Das ist doch wie grünes Licht für rechtsradikale Schläger, die es auf uns abgesehen haben. Deshalb sage ich öffentlich auch nicht, wo ich genau wohne, weil ich Angst habe um meine Sicherheit.“

Er kennt die Namen der jungen Polen auswendig, die sich in den vergangenen Monaten das Leben genommen haben – weil sie sich als Homosexuelle ausgegrenzt fühlten.

Homosexualität nicht als Mehrheitsthema erwünscht

Ein paar Kilometer weiter südlich im Rathaus zucken die Verantwortlichen mit den Schultern. Das alles sei doch ein grosses Missverständnis. Konkrete Auswirkungen habe der Beschluss des Gemeinderats vorerst nicht, sagt Lukasz Czarnomski, der stellvertretende Gemeindevorsitzende. „Man kann schon sagen, dass wir da übervorsichtig sind. Aber es gibt eben gewisse Tendenzen im westlichen Europa, diese Homo-Propaganda, wie man es kurz ausdrücken könnte. Mit unserem Beschluss drücken wir unsere Werte aus. Wir sagen, dass die Gesellschaft auf dem Gebiet der Gemeinde Nierdzwica Duza an traditionelle Werte glaubt und diese Werte verteidigen wird.“

In den vergangenen Jahren hat sich viel verändert in der Gegend, Millionen an EU-Geldern sind geflossen. Nierdzwica Duza profitiert von der neuen Umgehungsstrasse von Lublin, der grössten Stadt in Ostpolen. Heute führt eine Autobahn vom Dorf direkt ins 200 Kilometer entfernt gelegene Warschau.

Aber eines solle sich nicht verändern, meint Czarnomski, und dem habe eine grosse Mehrheit im Gemeinderat zugestimmt: Die Probleme von Homosexuellen sollen nicht zum Thema einer allgemeinen Debatte werden.

„In Polen gelten immer noch demokratische Spielregeln. Wenn sich die Mehrheit zu bestimmten Prinzipien bekennt, warum sollte sie diese nicht umsetzen? Im Moment sieht es so aus, als ob eine Minderheit die Mehrheit diskriminieren möchte, indem sie ihr vorschreiben will, wie man Kinder zu erziehen hat und welches Leben die Menschen leben sollen.“ Der Beschluss des Gemeinderats ist alles andere als eindeutig formuliert. Er wende sich „gegen eine LGBT-Propaganda“, heisst es dort.

LGBT steht dabei für Homosexuelle, Bisexuelle und Transgender – also alle, die dem gängigen katholisch-konservativen Gesellschaftsbild nicht entsprechen. Und mit Propaganda ist, so lässt sich erschliessen, gemeint: Diese Menschen sollen in Polen nicht für eine eingetragene Partnerschaft werben dürfen, von einer Ehe ganz zu schweigen. Und sie sollen auch in Schulen nicht darüber aufklären dürfen, dass es sie überhaupt gibt.

Zum Schluss des Interviews posiert Lukasz Czarnomski noch für ein Foto vor zwei Fahnen – der polnischen und der EU-Fahne. Will sagen: Er und die Gemeinde achten natürlich die Bürgerrechte, die Prinzipien der EU.

Zweifel an Respekt der EU-Grundrechtecharta

Also alles im demokratischen, bürgerrechtlich bedenkenlosen Rahmen? Viele Europapolitiker sehen das anders. Schon im November 2019 gab es eine Debatte im EU-Parlament zu den Beschlüssen der polnischen Gemeinden. Die damalige Handelskommissarin Cecilia Malmström erklärte: „Manche polnische Kommunen, die die Anti-LGBT-Beschlüsse fassten, bekommen Hilfgelder von der EU, Gelder aus den EU-Struktur- und Investitionsfonds. Aber die zuständigen Verantwortlichen lassen Zweifel daran aufkommen, ob sie überhaupt in der Lage sind, die Grundrechtecharta der EU zu respektieren. Die Kommission wird die Situation weiter beobachten. Diskriminierung, Gewalt und Hate-Speech gegen die LGBT-Community muss EU-weit beendet werden.“

Im Dezember vergangenen Jahres nahm das EU-Parlament mit grosser Mehrheit eine Resolution an. Die Abgeordneten verurteilten die sogenannten „LGBT-freien Zonen“ und forderten die polnische Regierung auf, die Vorgänge im Osten und im Süden des Lands zu verurteilen. Natürlich ohne Erfolg. Die Beschlüsse der polnischen Kommunen sind also längst zum internationalen Thema geworden. Auch deren Partnerkommunen in anderen Ländern machen sich ihre Gedanken. So etwa das saarländische Illingen. Die polnische Partnerstadt Tuchów im Südosten Polens hat sich ebenfalls zur „LGBT-freien“ Kommune erklärt, der Illinger Bürgermeister Armin König will das so nicht stehen lassen: „Die Erklärung in Polen verstösst gegen unsere Werte, die Erklärung in Polen verstösst gegen die Erklärung des Europäischen Parlaments vom 18. Dezember letzten Jahres. Und wir können nicht zulassen, dass Menschen wegen ihrer sexuellen Selbstbestimmung diskriminiert werden, das wäre ein völliger Verstoss gegen unsere Werte.“

Kardinal: „Finde das ganz unmöglich, wenn Leute diskriminiert werden“

Unterdessen wirbt der Luxemburger Erzbischof Jean-Claude Hollerich um Geduld, insbesondere mit Blick auf gesellschaftlich prägende Positionen der katholischen Kirche in Polen. Der Kardinal und Jesuit führt seit 2018 die europäische Bischofskonferenz. Er hält nichts davon, wenn die Kirche Menschen ausgrenzt. „Ich habe auch viele Freunde, die homosexuell sind. Und ich schätze diese Leute, und ich finde das ganz unmöglich, wenn Leute direkt oder indirekt diskriminiert werden.“

Der notwendige Prozess, Gleichbehandlungsgrundsätze im Denken einer tief katholischen Gesellschaft zu verankern, gehe jedoch für viele Gläubige – gerade in Osteuropa – zu schnell, beobachtet der Kardinal. Es habe ihr Koordinatensystem durcheinandergewirbelt: „Ich glaube, dass wir sozusagen die Emanzipation der Homosexuellen, die ja sicher eine gute Sache ist, manchmal zu sehr auf die Spitze getrieben haben. Zum Beispiel in Luxemburg heisst es nicht mehr Vater oder Mutter, sondern ‚Elternteil eins‘ und ‚Elternteil zwei‘, das verletzt viele Leute.“

Polen und seine Kirche brauchten Zeit, um sich notwendigen emanzipatorischen Entwicklungen zu öffnen: „Polen ist ein Land, das ich sehr schätze. Aber es war eine Kirche, die sehr lange isoliert war, eine Kirche, die sich immer gewehrt hat, die sich gegen Moskau gewehrt hat und nun zu Unrecht in Brüssel den Feind sieht. Und diese Grundpositionen, wenn wir die verändern möchten, das braucht Zeit.“

Sexualkunde-Unterricht nicht im offiziellen Lehrplan

In Polen tobt ein Kampf der Weltanschauungen – nicht nur auf dem Land, nicht nur im Osten. Das zeigt sich auch an einem verwandten Thema: dem Sexualkunde-Unterricht. Im offiziellen Lehrplan gibt es ihn nicht.

In Danzig findet er seit einem Jahr trotzdem statt. Natürlich nur, wenn die Schulen nicht, wie im Moment, wegen Corona geschlossen sind. Die Sexualwissenschaftlerin Anna Michalska ist in Danzig die Einzige, die dieses Fach unterrichtet: „Vor ein paar Jahren gab es eine Umfrage unter 18-Jährigen. Mehr als die Hälfte von ihnen hat da angegeben, dass eine Frau nicht schwanger werden kann, wenn der Geschlechtsverkehr im Stehen stattfindet. Wer so wenig weiss, sollte eigentlich überhaupt gar keinen Sex haben. Und natürlich dient der Unterricht auch dazu, elementares Wissen über Verhütung zu vermitteln.“ Allerdings kann Anna Michalska ihr Wissen nur an sehr wenige Schüler weitergeben. Ihr Unterricht ist freiwillig – Schule und Eltern müssen zustimmen. In einigen Klassen nehmen daher nur ein oder zwei Schüler teil.

„Bei den Treffen mit den Eltern sind sehr häufig solche dabei, die man schon als ultra-katholisch bezeichnen kann. Von ihnen kommt sehr häufig die Frage, ob wir den Schülern nicht als einzig richtige Methode, die Keuschheit empfehlen können, um nicht ungewollt schwanger zu werden. Also den Verzicht auf Sex vor der Ehe. Die gehen von ihrer eigenen Weltanschauung aus. Aber ich kann ja nicht sagen, dass es für alle immer gut ist, keusch zu bleiben. Das wäre unwissenschaftlich.“

So hatte auch in Danzig der Widerstand der Konservativen Erfolg

Jeden Tag aufs Neue wird der Kulturkampf in Polen ausgetragen, auch von Kazimierz Strzelec, dem Automechaniker aus dem ostpolnischen Dorf. Er will nicht aufgeben. Wenn der Gemeinderat den LGBT-Beschluss nicht zurücknimmt, dann will er bei der Kommunalwahl eben selbst kandidieren. Letztendlich bringe die Auseinandersetzung die LGBT-Community in Polen weiter, davon ist er überzeugt: „Schlecht ist natürlich der Hass, der sich über uns ergiesst, dass wir täglich beleidigt werden. Aber dadurch werden wir auch aktiver. Bevor die rechtskonservative Partei PiS an die Regierung gekommen ist, waren landesweit vielleicht 8'000 bei unseren Demos dabei. Heute sind es 80'000. Heute muss sich jeder entscheiden, ob er auf unserer Seite ist oder nicht.“

Deutschlandfunk / 6.4.2020